

8. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

19. März 1952

423/J

A n f r a g e

der Abg. P r o b s t, S l a v i k, W e i k h a r t, O l a h, A i g n e r
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Streichung und Kürzung der im Budget 1952 vorgesehenen Ausgaben
für Wohnbauförderung.

-.-.-

In einem Erlass des Bundesministeriums für Finanzen, Zl. 19.000-1/1952,
betreffend Ergänzung der Durchführungsbestimmungen zum Bundesfinanzgesetz
1952, wird angeordnet, dass

1. die 10prozentige Bindung sämtlicher Baukredite in eine 20prozentige
umgewandelt wird,
2. die Dotation des Bundeswohn- und Siedlungsfonds im Kapitel 15, Titel 5,
§ 1 in der Gesamthöhe von 101,132.000 Schilling mit 100 Millionen Schil-
ling und die Dotation für den Wohnhauswiederaufbaufonds im Kapitel 21,
Titel 5, § 4 in der Höhe von 100 Millionen Schilling zur Gänze gebunden
werden, d.h. nicht verbaut werden dürfen.
3. Die für die Elektrifizierung der Österreichischen Bundesbahnen vorge-
sehenen Kredite von 390 Millionen Schilling werden mit 25 Prozent gebunden.

Die anfragenden Abgeordneten stellen vorerst fest, dass diese Anord-
nung des Bundesministers für Finanzen im Widerspruch zur Haltung der
Nationalratsmehrheit steht. Dies gilt vor allem für die völlige Streichung
des Wohnbaubudgets.

Die Abgeordneten sind überzeugt, dass dieser Erlass, der tausende
Wohnungs- und Obdachlose sowie Bombengeschädigte neuerlich jeder Hoffnung
beraubt, bei der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung
entschiedene Ablehnung findet. Abgesehen von der verfassungsrechtlichen
Verantwortlichkeit des Finanzministers für die Durchführung des Finanzge-
setzes ist es geradezu eine Herausforderung, dass der Herr Finanzminister
im Budget einzig und allein die 200 Millionen Schilling, die für Wohnbau-
förderung und Wohnhauswiederherstellung vorgesehen waren, zur Gänze streicht.

Die Abgeordneten behalten sich eine politische Stellungnahme zu
diesem Anschlag auf Wohnung und Arbeitsplatz vor. Sie wollen vorerst

9. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

19. März 1952

vom Bundesminister für Finanzen die Gründe erfahren, wieso er zu dieser einseitigen hunderprozentigen Streichung der Ausgaben für Wohnungsbau im Bundesbudget kam.

Sie stellen daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehenden

A n f r a g e n:

1. Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Hohen Haus mitzuteilen, warum er aus "Ersparungsgründen" ausgerechnet die gesamten vom Nationalrat für Wohnhausbau bewilligten Gelder gesperrt hat?
2. Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Hohen Haus mitzuteilen, auf welche Rechtsgrundlage er diese dem Willen des Gesetzgebers widersprechende und ohne dessen neuerliche Befragung vorgenommene einseitige Streichung einzelner Budgetansätze stützt?
3. Ist sich der Herr Bundesminister für Finanzen darüber im klaren, dass durch diesen Erlass die Zahl der Arbeitslosen in Österreich weiterhin hoch bleiben oder gar noch steigen wird?

--- --